

habe laut einem Schreiben an foodwatch bereits am 12. August von einem Listerien-Verdacht bei Wilke durch das RKI erfahren, der nach weiteren Untersuchungen am 16. September bestätigt worden sei. Spätestens an diesem Tag hätten die Behörden nach Auffassung von foodwatch die Öffentlichkeit warnen und einen Rückruf der Ware anordnen müssen. Der Rückruf sei jedoch erst zwei Wochen später nämlich am 2. Oktober, erfolgt. „Statt schnell zu handeln und für einen öffentlichen Rückruf zu sorgen, hat die hessische Umweltministerin Priska Hinz offenbar zugehört, wie potenziell Listerien-belastete Wurst an Supermärkte,

Fleischtheken und Krankenhäuser geliefert wurde“, kritisierte der Rechercheleiter bei foodwatch, **Oliver Huizinga**. Der Wilke-Betrieb wurde am 1. Oktober geschlossen und hat vorläufige Insolvenz angemeldet. Gegen den Geschäftsführer hat die Staatsanwaltschaft Kassel ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet. Presseberichten zufolge will der Wursthersteller seine Geschäfte aber weiter fortsetzen und soll einen Eilantrag an das Verwaltungsgericht in Kassel gestellt haben, um die Produktion weiterführen zu können. AgE

STANDPUNKT:

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner:

Insektenschutz: Machen wir den Faktencheck!

Die Debatten in unserer Gesellschaft haben sich verändert, beschleunigt. Sie werden emotionaler, polarisierender. Zielkonflikte werden ungern benannt. Pauschal ist einfacher. Vor allem wenn es um Alltagsthemen geht: um Tiere, Umwelt und Klima, um Artenvielfalt, ums Essen und Trinken. Und weil jeder essen und trinken muss, haben wir **80 Millionen Hobbyagrar- und Ernährungswissenschaftler**, die meinen zu wissen, wie Landwirtschaft, wie Tierhaltung „richtig gemacht“ werden müssen. Nicht selten Stadt gegen Land, hier die Guten, da die Bösen. Moralische Überhöhung gegenüber den angeblich immer Schuldigen: der Landwirtschaft. Und damit wird genau das beschleunigt, was man beklagt: Das Höfesterben, weil den Jungen die Lust, die Perspektive oder die Anerkennung fehlt.

Die „Faktenbasis“ ist oft gefühlt, kommt gerne aus zweiter Hand, schnell sind wir bei **Schwarz-weiß-Diskussionen**, bei Schlagworten, die Sie alle kennen - wie „Ackergifte“, „Agrarfabriken“. Und Sie als Landwirte stehen mitten drin in dieser Diskussion, sprechen zurecht vielerorts von einem „Bauernbashing“. Seit Jahren wachsen die Erwartungen, aber auch die **Vorwürfe**. Wer Schweine hält, gilt schnell als Tierquäler. Wer Möhren pflanzt, muss damit leben, dass selbsternannte „Klima-Aktivist:innen“ die Felder für eine „höhere Sache“ zertrampeln. Wer düngt, der vergiftet angeblich die Umwelt. Die meisten Konsumenten würden am liebsten Fleisch essen, von Tieren, die nie geschlachtet wurden. Die Rückkehr des Wolfes ist für die wunderbar, die im 5. Stock leben, aber deren Herde nicht gerissen wird. Wir befinden uns in einem **gewaltigen Veränderungsprozess**. Sie als Landwirte leisten dabei viel. Und bekommen kaum die **Wertschätzung**, die Sie dafür verdient hätten.

Ich selbst bin viel im Land unterwegs. Ja, und ich höre die Vorwürfe mancher Bauern, die gegen uns als Bundeslandwirtschaftsministerium gerichtet sind. Auch nach dem Motto: „Die da oben wissen doch gar, was ich hier für Probleme habe.“ Ich selbst komme aus der Landwirtschaft. Und ich weiß, dass auch in Ihrer Branche die Meinungen oft weit auseinandergehen. Und ich weiß ebenso, mit welchen Angstszszenarien, was da die Politiker wieder beschlossen hätten, gearbeitet wird. Und das kann und will ich nicht so stehen lassen. Denn genauso wenig, wie die Verbraucherschaft pauschal und undifferenziert argumentieren sollte, sollte das in der Bauernschaft sein.

Politik mutet Ihnen **viel zu**. Aber ich weiß auch, was die Alternative zum ambitionierten Handeln wäre: Die Volksbegehren würden noch radikaler, die Unterschriftenlisten noch länger werden.

Uns geht es nicht darum, den Berufsstand zu gängeln, sondern aktuelle Fragestellungen zu lösen, damit Bauern Ruhe, Planungssicherheit und Anerkennung bekommen. Damit sie wieder „vor die Welle kommen“. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz geht das nicht. Der Rückgang der Insektenpopulation ist ein solches Thema, das die Gesellschaft umtreibt, es ist kein Nischenthema. Die Gründe für den Insektenschwund sind vielfältig, wir brauchen ein bundesweites, wissenschaftliches

Monitoring. Mir ist wichtig, dass auch Bereiche wie Siedlungsentwicklung, Lichtverschmutzung, private Gärten und Verkehrsflächen erfasst sind.

Es gibt eine ganze Reihe von Punkten mit Blick auf das Insektenschutzprogramm, die **offenbar nicht gut kommuniziert** worden sind oder die bewusst so dramatisch interpretiert und angeheizt worden sind, dass viele von Ihnen glauben, sie dürften keine Pflanzenschutzmittel mehr nutzen. Das ist falsch. Und wer mich kennt, weiß, dass ich von Anfang an immer klar kommuniziert habe: Pflanzenschutzmittel sind und werden für die Pflanzengesundheit wichtig sein. Denn wie beim Menschen werden Krankheiten nicht einfach verschwinden, nur indem man Medikamente verbietet. Lassen Sie uns einen **Faktencheck** machen und redlich miteinander umgehen **Also, was stimmt, was stimmt nicht?** Unter anderem haben wir **erreicht**:

- Es **stimmt nicht**, dass wir im Hinblick auf die Umschichtung, die auch Teil des Paktes war, eine **Vorfestlegung für die GAP** nach 2020 getroffen haben.
- Wir haben in dem Paket **keine Vereinbarungen zum Düngerecht** getroffen, die über die bisherigen Vorgaben hinausgehen.
- Es gibt auch **kein Gesetz zum Thema Insektenschutz**, das wir schon beschlossen haben. Richtig ist, dass wir über ein Aktionsprogramm entschieden haben, das politische Leitplanken beschreibt. Die Ausgestaltung **folgt** allerdings erst im **Gesetzgebungsprozess**. Daran wird der Deutsche Bauernverband wie auch andere Verbände selbstverständlich beteiligt.
- Die Änderungen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und der Düngeverordnung verbleiben in **unserer Fachzuständigkeit**. Es ist also nicht so, wie behauptet, die Federführung sei ans Bundesumweltministerium abgegeben worden, was auch denkbar unklug wäre.

Wie sieht es mit dem Punkt aus, der in der Branche wohl am intensivsten diskutiert wird, den Einschränkungen beim **Pflanzenschutz**? Hier werden teilweise absurd hohe Flächenangaben verbreitet, auf denen angeblich künftig kein Pflanzenschutz mehr möglich sei. Deshalb ist es mir wichtig, auch in diesem Punkt Klarheit zu schaffen:

- Eine **pauschale Ablehnung von Pflanzenschutzmitteln** in Schutzgebieten wurde im Aktionsprogramm Insektenschutz **nicht vereinbart**.
- Laut Kabinettsbeschluss soll es zu einem **Verbot von Herbiziden** und von noch zu benennenden und zu definierenden biodiversitätsschädigenden Insektiziden kommen. Auch das nur in den **Schutzgebieten nationaler Kategorie** (Naturschutzgebieten, Nationalparks, nationalen Naturmonumenten, Naturdenkmälern und gesetzlich geschützten Biotopen) und in **Fauna-Flora-Habitat-Gebieten**. Also in Gebieten, die bereits jetzt bestimmten Bewirtschaftungsbeschränkungen unterliegen können, die sich aus der Art und dem Zweck der Schutzgebietseinrichtung ergeben. Die Einbeziehung dieser Flächen in das Aktionsprogramm Insektenschutz bedeutet daher nicht im Umkehrschluss, dass all diese Flächen vorher uneingeschränkt bewirtschaftet werden konnten.
- Es stimmt nicht, dass wir beschlossen hätten, dass grundsätzlich in Vogelschutzgebieten keine Pflanzenschutzmittel mehr angewandt werden dürften. Die **Länder erhalten nur die Möglichkeit, Herbizid- und bestimmte Insektizid-Anwendungen in Vogelschutzgebieten einzuschränken**, wenn eine Bedeutung für den Insektenschutz dargelegt werden kann.
- Es ist also **noch offen, welche biodiversitätsschädigenden Insektizide** betroffen sein werden und wie die erweiterten Möglichkeiten der Länder in Vogelschutzgebieten ausgestaltet werden. Es ist auch vorgesehen, bei Herbiziden und betroffenen Insektiziden **weitere Ausnahmen** zu ermöglichen, wenn eine Bewirtschaftung sonst nicht möglich ist.
- Klar ist: Nicht alle Pflanzenschutzmittel sind betroffen, beispielsweise werden Fungizide überhaupt nicht angesprochen. Insektizide, die **nicht als biodiversitätsschädigend eingestuft sind, dürfen weiter genutzt** werden.
- Ebenso ist die Befürchtung falsch, dass bei drohendem Ernteverlusten, nicht gehandelt oder gar der „Kirschessigfliege beim Zerstören der Ernte zugeschaut“ werden muss.
- In den vergangenen Tagen wurden auf der Basis von Überschlagsrechnungen Vermutungen zum Umfang der von den Regelungen betroffenen Flächen gemacht, die wesentlich

zu hoch sind. So liegen zum Beispiel in den deutschen FFH-Gebieten nicht etwas knapp 700 000 ha Ackerland sondern weniger als 160 000 ha. Auch halte ich die Vermutung, dass fast 900 000 ha Grünland unter den Biotopschutz nach dem Bundesnaturschutzgesetz gestellt werden könnten, für völlig überzogen. So etwas wird es mit mir nicht geben.

Und eines kann ich Ihnen versichern: Bei den notwendigen Rechtsänderungen werden wir genau darauf achten, dass die **Verhältnismäßigkeit jeder Maßnahme gewahrt** und die **Bewirtschaftung** von intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen weiterhin **möglich bleibt**.

An vielen Stellen im Aktionsprogramm haben wir verankert, dass die **Landwirtschaft als kooperativer Partner** gesehen wird, der aktiv mit einzubeziehen ist und mit am Tisch sitzen muss. Sie können sich sicher sein, dass mir und unserem Ministerium vollkommen klar ist, dass **ein vernünftiger Pflanzenschutz zur Sicherung der Ernte notwendig ist**. Das Aktionsprogramm Insektenschutz gibt dafür die politische Richtung vor, es bildet den Rahmen, in dem wir uns bewegen werden. Die konkrete Ausgestaltung wird erfolgen, wenn die Maßnahmen ins Fachrecht übertragen werden. Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre Verbandsvertreter dort mit am Tisch sitzen werden, denn mir ist es wichtig, dass wir zu vernünftigen Lösungen kommen

Aber es ist auch klar, dass es am Ende trotzdem der Landwirtschaft etwas abverlangt wird und dass der internationale Wettbewerb, in dem Sie stehen, auf den deutschen Insektenschutz wenig Rücksicht nimmt. Deshalb war es uns wichtig, dass wir dort, wo neue Belastungen unvermeidbar sind, auch unterstützen. Aus diesem Grund soll es im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz jährlich 50 Mio Euro für einen **Sonderrahmenplan Insektenschutz** geben. Mit einer 40-prozentigen Co-Finanzierung der Länder stehen dann **83 Mio Euro pro Jahr** zur Verfügung, um Sie beim praktischen Insektenschutz zu unterstützen und gegebenenfalls notwendige Einschränkungen abzumildern.

Genauso, wie wir an vielen anderen Stellen dafür sorgen, dass Sie Unterstützung bekommen. **6,5 Mrd Euro sind im Haushaltsplan** unseres Ministeriums für das kommende Jahr vorgesehen. 2018 waren es noch rund 6 Mrd Euro, 2019 rund 6,3 Mrd Euro. Wir haben also mehr Geld, während andere Ministerien mit weniger auskommen müssen. Auch das ist ein **Bekenntnis zu Ihrer Branche**.